

<b>Antrag vom 12.02.2021</b>	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

## Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff <b>Fairtrade-Stadt-Stuttgart: Für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland!</b>

Die Landeshauptstadt Stuttgart trägt seit 2013 den Titel „Fairtrade-Stadt“. Der faire Handel und faire Arbeitsbedingungen sollen in den Produktionsländern gestärkt werden. Es ist Zeit, einen Schritt weiter zu gehen, denn prekäre Arbeitsbedingungen und Schäden an Natur und Umwelt sind in den Ländern des globalen Südens leider noch weit verbreitet.

Im November 2020 haben sich erste Städte und Gemeinden zusammengeschlossen, um für ein wirksames Lieferkettengesetz sowie effektive staatliche Durchsetzungsmaßnahmen zu werben.

Die Forderungen wurden von den Erstunterzeichner-Kommunen in einem Resolutionstext „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“ bereits konkretisiert. Die Einführung eines Lieferkettengesetzes wurde zwar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben, der Beschluss zur Einführung wurde aber mehrfach vertagt.

Wir unterstützen die Forderung eines gesetzlich verbindlichen Rahmens, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren. Freiwillige Maßnahmen reichen offensichtlich nicht aus.

## Wir beantragen:

Die Stadt Stuttgart unterzeichnet die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“, um die Vorreiterrolle Stuttgarts im Fairen Handel und bei der nachhaltigen Beschaffung weiter zu führen und die Einführung eines Lieferkettengesetzes zu fordern.

Benjamin Boy

Jitka Sklenářová

Gabriele Munk

Gabriele Nuber-Schöllhammer

# Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland

Brennende Textilfabriken, vergiftetes Trinkwasser oder ausbeuterische Zwangs- und Kinderarbeit sind nur die Spitze des Eisbergs: Schäden an Umwelt und Natur sowie prekäre Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens sind leider immer noch weit verbreitet - obwohl universelle Regeln zur Sicherung von Menschen- und Umweltrechten von fast allen Staaten ratifiziert wurden. Die Corona-Krise hat die Fragilität und ungleiche Lastenverteilung globaler Lieferketten noch weiter in den Fokus gerückt: Millionen Produzent\*innen sind durch Auftragsstornierungen und das Zusammenbrechen ihrer Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht.

Deshalb setzen sich zahlreiche Kommunen bereits für faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards im öffentlichen Einkauf ein und zeigen: verantwortliche Beschaffung ist möglich!

Um sozial verantwortliche Beschaffung zur Regel zu machen, greifen wir, die Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in Deutschland, die Forderungen der [Initiative Lieferkettengesetz](#) auf und setzen uns ebenfalls ausdrücklich für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ein, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben wurde. Zunehmend fordern auch Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft.

Mit Sorge beobachten wir jedoch, dass die Regierungskoalition den Beschluss zur Einführung des Lieferkettengesetzes mehrfach vertagt hat. Zudem droht die Diskussion innerhalb der Großen Koalition die Wirkkraft des Lieferkettengesetzes zu mindern.

Wir fordern daher einen gesetzlich verbindlichen Rahmen, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren, diesen vorzubeugen und transparent darüber zu berichten! Bestehende Verletzungen dieser Rechte müssen beendet und ein Beschwerdemechanismus in den Unternehmen eingeführt werden. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht. Haftungsregelungen sind das Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes, um die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsschutz für Betroffene zu garantieren. Zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes müssen zudem effektive Durchsetzungsmechanismen von staatlichen Behörden etabliert werden. Nachhaltige Beschaffung kann nicht länger am Willen und am fachlichen Know-How Einzelner hängen. Ein wirksames Lieferkettengesetz muss beispielsweise ermöglichen, dass Unternehmen von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen werden, wenn nachweislich Sorgfaltspflichten verletzt wurden sowie ein Sorgfaltsplan nicht oder nur unvollständig vorliegt.

Ein derart ausgestaltetes Lieferkettengesetz bildet die rechtlich verbindliche Grundlage, verantwortungsvoll zu konsumieren und zu produzieren, menschenwürdige Arbeit für Alle zu fördern sowie die Entkopplung von wirtschaftlichem Handeln und Umweltzerstörung zu erreichen. Damit kann ein Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene geleistet werden.

Bei einem bundesweiten Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro, wovon ein Großteil auf die Kommunen entfällt, setzen wir uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter dafür ein, dass das ökonomische Steuerungspotenzial wirkungsvoller für die Durchsetzung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele genutzt wird.

Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards in unserem Einkauf und Handeln zu gewährleisten. Wir wollen nicht, dass mit öffentlichen

Geldern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung finanziert werden. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist überfällig und ein wesentlicher Baustein für mehr globale Gerechtigkeit.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

Bitte Name einfügen

---

- hat die Resolution als Erstunterzeichner mit Beschluss vom \_\_\_\_\_ angenommen (optional)
- unterzeichnet die Resolution im Namen von \_\_\_\_\_

Bitte Name, Titel, Funktion einfügen (obligatorisch)

---

Ort, Datum, Unterschrift